Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte: In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark ausschl. Bestellgebühren, für Oesterreich-Ungarn 5 K 45 h vierteljährlich, die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1.
Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Vereins- u. Kleine Anzeigen, sowie Ein- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf.,
für Inserate von auswärts 30 Pf. Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Für Inserate vom Auslande besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: **Augustusplatz 8,** bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen. Fernmündliche Aufträge können nicht zurückgezogen werden.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Tel. VI, 4603).
Filial-Expedition: **Dresden,** Marienstr. 34.

Nr. 70. **Montag 11. März 1907.** **101. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Oesterreich hat in seiner Antwortnote an Serbien die bisher geforderte Bevorzugung der österreichischen Industrie preisgegeben. (S. Ausl.)

* Die italienische Deputiertenkammer beginnt ihre bis zum 23. April währenden Osterferien bereits am 16. März.

* Eine heute in Hamburg abgehaltene Versammlung des Hafenarbeiterverbandes hat einstimmig beschlossen, den früheren Beschluß der Verweigerung der Nacht- und Sonntagsarbeit aufrecht zu erhalten. (S. Letzte Dep.)

Um Posadowsky.

Nicht immer sind die lauten Kämpfe die heftigsten und gefährlichsten. Es gibt auch stille Schlachten, von denen nur in den Momenten höchster Anspannung wenige gepreßte Laute Kunde geben. Wer bei den Parlamentsdebatten der letzten Woche genau zugehört hat, wird diese unwillkürlichen Laute vernommen haben. Besonders am Sonnabend konnte man sie aus der Rede des Staatssekretärs Graf v. Posadowsky heraushören. Man spricht kein Geheimnis aus, wenn man sagt, daß an seinem Sturze gearbeitet wird. Von wem? O, es gibt da Interessenten genug. Und Gründe haben sie auch genug, sachliche und persönliche. Der Konservative Henning hat die sachlichen am Sonnabend hübsch zusammengefaßt — das Tempo der reichsdeutschen Sozialpolitik ist ihnen zu schnell. Eigentlich ist ihnen die ganze Sozialpolitik gräßlich. Aber so etwas sagt man natürlich nicht. Es klingt doch gar zu antiquiert und reaktionär. Und überdies wird es einem auch von den Wählern (bei dem schrecklichen demokratischen Reichswahlrecht) verübelt. Also behilft man sich mit der Bemängelung des Tempos. Und die persönlichen Gründe? Nun, solche jahrelange Fehde zeitigt, trotz aller persönlichen Kultur des einen Parts, doch auch Rencontres, die nicht immer glimpflich verlaufen. Der verflossene Reichstag war einmal Zeuge, wie Graf Posadowsky den tapferen Kämpen für sozialen Rückschritt und hohe Schweinepreise v. Oldenburg-Januschau in den Sand streckte und erklärte: Mit den Rezepten des starken Mannes aus Ostelbien könne man keine vier Wochen das Reichsamt des Inneren leiten, ohne Bankerott zu machen. Das ist vielleicht nicht ganz richtig. Es geht vielleicht doch vier Wochen und womöglich noch etwas länger, wenn man nämlich das Volk zum Aufruhr treiben will. Glaubt nun wohl jemand, Herr v. Oldenburg und Genossen vergäßen solchen Zwischenfall? Der kennt seine Leute schlecht. Und gerade jetzt halten sie den Zeitpunkt für gekommen, um die entscheidende Attacke zu reiten. Bisher war schlecht an den Mann heranzukommen. Der eminente Sachkenner, der tadellose Gentleman mit den vollendeten Manieren, der fleißige Arbeiter bietet so wenig Blößen. Und mit dem Allzumenschlichen ist ihm schon gar nicht beizukommen. Ein Blick genügt, um das zu erkennen. Und gute Menschenkenner sind die Herren Konservativen in dieser Beziehung immer gewesen.

Da kam die Reichstagsauflösung. Und nun endlich glaubt man, dem Staatssekretär ein Bein stellen zu können. Es wird ein Gegensatz zwischen ihm und dem Kanzler konstruiert. Der Staatssekretär soll Bedenken gegen die Auflösung gehabt haben. Möglich. Wir wissen es nicht. Aber das wissen wir, daß sehr viele Leute, und erfahrene Politiker, dieselben Bedenken gehabt haben. Bei einer Feier im Berliner nationalliberalen Verein hat es Bassermann offen ausgesprochen, daß er trotz aller Billigung der nationalen und sonstigen Motive doch ernste Zweifel gehabt habe, ob der gewagte Schritt zum glücklichen Ziele führe. Wir zum Beispiel waren anderer Meinung in dieser Frage. Wir hielten die Parole „Los vom Zentrum" für prächtig und sind von Anfang an, schon in den ersten Dezembertagen für Auflösung gewesen. Für uns war die Angelegenheit kein Kulturkampf, aber ein Kulturproblem. Der Staatssekretär für Sozialpolitik mag auch an die einzig sympathische Seite des Zentrums, an seine sozialpolitische Zuverlässigkeit, gedacht haben. Jedenfalls zeigt die verschiedenartige Auffassung der Auflösung, die Frhr. v. Zedlitz unmittelbar nach dem Geschehen ungefähr als die größte politische Torheit hinstellte, daß diese Frage der Taktik doch nicht mit der Zusammenfassung der Auflösung, die Frhr. v. Zedlitz unmittelbar nach dem Geschehen ungefähr als die größte politische Torheit hinstellte, daß diese Frage der Taktik doch nicht mit der zusammenfällt, ob man für oder gegen den Kanzler und seine Politik ist. Indessen quälen solche Skrupel die Gegner des Grafen nicht. Und mit allen Mitteln wird versucht, den Staatssekretär beim Kanzler anzuschwärzen. Er soll dem Fürsten Bülow nachträglich die Verantwortung für die Auflösung allein aufgebürdet haben. Ein wirklich schauderhaftes Verbrechen, nachdem der Wahlkampf mit der Halbierung der Sozialdemokratie und dem großen Siege der nationalen Mehrheit geendet hat. Also weil der Staatssekretär dem Kanzler den verdienten Ruhm läßt, muß Feindschaft zwischen den beiden Staatsmännern herrschen. Unglaublich töricht, aber wahr.

Graf Posadowsky hat am Sonnabend in wenigen Sätzen seine Gegner und ihre Motive gezeichnet. Er hat ganz recht: Diese Leute wollen überhaupt keine Sozialpolitik. Aber da sie nicht den Mut haben, das zu sagen, so stimmen sie in der Theorie zu, aber in jedem einzelnen praktischen Falle dagegen. Und von ihrem Standpunkt aus haben diese Gegner der Sozialpolitik auch gar nicht so unrecht, den Grafen Posadowsky zu befehden. Er ist für sie der Repräsentant des sozialpolitischen Systems. Und da ihnen die ganze Richtung nicht paßt, so soll er weichen. Dies einmal klar zu stellen ist höchste Zeit. Und es muß auch darüber Klarheit geschaffen werden, was uns blühen würde, wenn die starken Männer ihr Ziel erreichen. Diese Leute wollen in einem kulturell hochstehenden Volke mit hochintelligenter Arbeiterschaft eine Politik der Kraftmeierei, der eisernen Faust inaugurieren. Und da wir wissen, daß dies unabsehbares Unglück für die Nation bedeuten würde, so wollen wir beizeiten auf diese Pläne hinweisen. Denn es ist nicht zu leugnen, daß die erfreulichen Resultate der Wahl doch auch bedenkliche Nebenerscheinungen gebracht haben: die Stärkung reaktionärer Parteieigungen. Nun ist die Regierung glücklicherweise einsichtig genug, diese Gewaltpolitik nicht mitzumachen. Die Thronrede bezeugt das, und der Kanzler hat sich deutlich genug darüber ausgesprochen im Reichstage. Sein Programm ist tatsächlich nicht reaktionär. Und die wertvollsten Punkte darin sind sozialpolitischer Natur. Schon deshalb ist zu hoffen, daß die Pläne der Gegner des Staatssekretärs scheitern. Und wenn man bedenkt, daß das Riesenwerk der Zusammenfassung der sozialen Versicherungsgesetzgebung noch nicht vollendet ist, so zeigt sich so recht die egoistische Verblendung der Leute, die den besten Mann, den das deutsche Volk als sozialpolitischen Werkmeister aufzuweisen hat, in diesem Moment verdrängen wollen.

Möchten sich alle ehrlichen Freunde einer gesunden, ruhigen Entwickelung unseres Volkes, die ehrlichen Sozialpolitiker aller Parteien bewußt werden, was auf dem Spiele steht.

Die Haager Friedenskonferenz und die englischen Vorspiegelungen.

In der Budgetkommission des Reichstages ist regierungsseitig auf eine Anfrage erklärt worden, die deutsche Reichsregierung werde jeden praktischen Vorschlag auf der Haager Friedenskonferenz ernsthaft prüfen. Diese Haltung ist korrekt und selbstverständlich. Soll auch die Abrüstung vorgebracht werden, so brauchen wir uns bei diesem Thema nicht auszuschließen. Das Sprichwort „man muß mit den Wölfen heulen" läßt sich wohl ebenso treffend dahin variieren: „man muß mit den Schäflein mäh sagen." Nur ist es gut, die Sachlage von vornherein möglichst klarzustellen, zumal uns Deutschen so gern die Rolle des bösen Karnickels zugeschrieben wird, das überall angefangen hat. Auf der ersten Haager Konferenz wurde von dem deutschen Delegierten Oberst v. Schwarzhoff eine allgemein als vorzüglich anerkannte Rede über Abrüstung und Schiedsgericht gehalten, die aber auch wegen der Offenheit, mit der sie Illusionen abtat, zu Verdächtigungen Anlaß gab. Nebenbei bemerkt war es damals besonders die gewiß auch nicht kriegerisch gesinnte Schweiz, welche ebenso offen eine Abrüstung als untunlich erklärte. Am weitesten ging England mit schönen Worten und Vorschlägen; und von Rußland war der Plan der ganzen Friedenskonferenz ausgegangen. Die Ironie der Geschichte hat gewollt, daß es gerade diese beiden Großstaaten waren, die schleunigst nach den Haager Friedensreden die blutigsten Kriege hervorriefen und ausfochten. Es fiel ihnen dabei auch nicht im Traume ein, ihre Streitigkeiten mit den Buren und den Japanern vor dem Haager Schiedsgericht zum Austrag zu bringen.

Jetzt ertönen wieder die wunderbarsten Abrüstungs-Schalmeien aus dem englischen Lager. Sogar auf russischer Seite zeigt man sich dagegen zurückhaltend. Staatsrat v. Martens hat sich auf seiner eben beendeten Rundreise recht skeptisch zur Sache geäußert. Wie neuerdings ein Gewährsmann der „N. fr. Presse", der von dem russischen Friedensboten empfangen wurde, berichtet, gingen des Russen Erklärungen dahin, falls England sich für die Diskussion einer Beschränkung der Rüstungen auf der Haager Konferenz einsetze, würde Rußland wohl nicht anders können, als den Wünschen einen dahingehenden Vorschlag zu machen. Immerhin könnte daraus wohl eine für die Wissenschaft (!) fruchtbare und zu künftigen Entwicklungen nützliche Diskussion resultieren, wenn sie auch nicht zu unmittelbaren praktischen Resultaten führte.

Es ist indes weiter zu konstatieren, daß der englische Premier, Herr Campbell-Bannerman, mit seinen Sirenenklängen fast nirgends Gegenliebe findet oder auch nur ernst genommen wird. Ein Artikel des Pariser „Temps", der ja dieser Tage viel bemerkt ward, schrieb, daß Rußland, Deutschland, Frankreich, Italien, Oesterreich eine solche Diskussion für unnütz hielten, daß man der Haager Konferenz ihren Charakter als Juristenversammlung lassen solle, die ein nützliches, aber begrenztes Werk schaffen könne, daß man aber, um harte Enttäuschungen zu vermeiden, nur ein Mittel habe: nämlich die Wahrheit zu sagen. Das hat tatsächlich schon 1899 am meisten Deutschland zu Haag getan. Es ist eine nachträgliche Rechtfertigung unserer Politik und Ehrlichkeit, wenn jetzt solche Erkenntnis und Notwendigkeit allgemeiner durchgedrungen ist.

Uebrigens wird den englischen Friedensschwärmern selbst von ihren eigenen Landsleuten deutlich genug von vornherein die Wahrheit gesagt. Der Pariser „Times"-Korrespondent, der sich längst durch gehässige Verdächtigungen gegenüber Deutschland ausgezeichnet hat — deshalb ist die jetzige Festnagelung angebracht, wenn später wiederum Deutschland als Vater aller Hindernisse angeklagt wird — schreibt, daß Campbell-Bannermans Auslassungen in Paris keinen günstigen Eindruck gemacht haben außer bei den Sozialisten und sogenannten Pazifisten. Der Franzose von gesunden Menschenverstand in allen Klassen frage sich, ob gewisse englische liberale Staatsmänner in einem Paradiese lebten. Jedenfalls finde das gefährliche Ideal einer Begrenzung der Rüstungen kein Echo bei neun Zehnteln des französischen Volks. Einige der wärmsten Advokaten des internationalen Friedens brächten offen zum Ausdruck, daß sie das Vertrauen verloren hätten, von der Haager Konferenz könne irgend etwas Gutes kommen. Am treffendsten hat dann im Unterhause der konservative Führer und frühere Ministerpräsident Balfour seinem Nachfolger die Zwiespältigkeit ins Gesicht gesagt: die englische Regierung könne unmöglich dem Volke auseinandersetzen, daß sie die Stärke von Heer und Flotte vermehre, und zu gleicher Zeit erwarten, daß das Ausland glauben werde, England werde große Opfer bringen im Interesse der internationalen Abrüstung.

Es ist erfreulich, daß sich auch deutsche, sonst recht friedens- und englandfreundliche liberale Preßorgane in keiner Weise von den englischen liberalen Vorspiegelungen betreffs verminderter Marineerüstungen usw. täuschen lassen. Ist Englands geographische Lage außerordentlich günstig, so kann niemand leugnen, daß umgekehrt diejenige Deutschlands inmitten des europäischen Kontinents außerordentlich ungünstig ist. Hat England die Prätension, seine doppeltstarke Flotte sich durch internationale Abmachungen in aeternum in diesem Verhältnis garantieren zu lassen, so dürfen wir mit demselben Recht für uns ein gleiches für ein doppeltstarkes Landheer verlangen.

Sitzung des Landesausschusses der Freisinnigen Vereinigung in Sachsen.

In Hollacks Restaurant in Dresden-Neustadt tagte gestern der Landesausschuß der Freisinnigen Vereinigung in Sachsen. Die Beratungen dieser Körperschaft verdienen im gegenwärtigen Augenblick ein besonderes Interesse, einmal in Anbetracht des gewaltigen Aufschwunges, den der liberale Gedanke im allgemeinen anläßlich der jüngsten innerpolitischen Vorgänge genommen, und zweitens dadurch, daß die von verschiedenen Seiten ins Werk gesetzten Bestrebungen zur Herbeiführung einer Einigung aller liberalen Gruppen naturgemäß dabei zur Sprache kommen mußten, um so mehr als gleichzeitig in Berlin hervorragende Männer der Freisinnigen Volkspartei zusammengetreten waren, um gleichfalls über ein Band in Hand arbeiten der entschieden liberalen Parteien in der Reichspolitik zu beraten.

Wie in einem Teile der gestrigen Auflage schon kurz erwähnt, ging der Sitzung des Landesausschusses am Sonnabend abend eine öffentliche Versammlung liberaler Wähler voraus, die gewissermaßen eine Heerschau nach der Wahlschlacht in diesem Kreise bildete, gleichzeitig aber auch die erste Vorbereitung zum neuen Kampf, dem Wahlkampf für den sächsischen Landtag, denn der ehemalige Reichstagskandidat für den 4. sächsischen Wahlkreis, Oberlehrer Dr. Barge-Leipzig, sprach über die künftigen Aufgaben des Liberalismus. Er erklärte dabei ganz rückhaltlos, daß zwischen dem Verhältnis der Liberalen zu den übrigen Parteien im Reichstage und demjenigen in der inneren sächsischen Politik ein gewaltiger Unterschied bestehe. Für die Politik im Reichstag könne er ein gelegentliches Zusammentreten der Liberalen mit den Konservativen und anderen rechtstehenden Parteien zur Bildung einer Mehrheit gegen Zentrum und Sozialdemokratie nicht kurzerhand abweisen, aber in der sächsischen Politik, in den Wahlen zum sächsischen Landtag gehen die Wege der Liberalen und der Konservativen weit auseinander. Die gleiche Auffassung vertraten auch der Vorsitzende der Dresdner liberalen Organisation, Dr. v. Mangoldt, und die übrigen Redner des Abends. Im Anschluß an die Vorgänge während der Reichstagswahl wurde erklärt, man habe in der Leitung der Liberalen Partei in Dresden keinen bindenden Beschluß für das Verhalten der Liberalen in der Stichwahl gefaßt, da die Notwendigkeit hierzu nicht vorgelegen habe. Wäre dieser Fall jedoch eingetreten, so hätte die Parteileitung gar nicht anders handeln können, als den Wählern ihre Entschließung freizugeben. Eine ähnliche Ansicht vertrat auch die überwiegende Mehrheit in der Versammlung.

Die Verhandlungen des Landesausschusses fanden hinter verschlossenen Türen statt. Der Ausschuß selbst versendet an die Presse folgenden Bericht:

Ausschuß des Liberalen Landesverbandes für das Königreich Sachsen. In Dresden traten am Sonntag die Vertrauensmänner des Liberalen Landesverbandes (Freisinnige Vereinigung) zusammen. Allgemein stellte sich bei den Beratungen als das Ergebnis der verflossenen Wahlbewegung eine bedeutende Stärkung der linksliberalen Gedankenrichtungen heraus. Man beschloß deshalb, in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen die Entwickelung der bestehenden und die Gründung neuer Parteiorganisationen mit besonderem Nachdruck zu verfolgen. Auch wurden zu diesem Zweck Vorbereitungen zur Errichtung eines besonderen sächsischen Landessekretariats getroffen.

Einen bevorzugten Platz nahmen in den Beratungen die bevorstehenden Landtagswahlen und die Reform des sächsischen Wahlrechtes ein. Es sollen in einer Reihe von Wahlkreisen von der Partei Landtagskandidaten aufgestellt und die Durchsetzung der Wahlreform mit allen Kräften angestrebt werden.

Mit großer Freude wurde die Einmütigkeit und das Zusammengehen der Linksliberalen bei den letzten Wahlen festgestellt und beschlossen, einleitende Schritte zu tun, um die so erfolgreich begonnene Arbeitsgemeinschaft der entschieden liberalen Gruppen im Königreich Sachsen dauernd festzuhalten und auszubauen.

Zur Organisation der Nationalliberalen.

Zu dieser für Leipzig besonders wichtigen Frage wird uns geschrieben: Die am 25. Januar gefallene Entscheidung hat allgemein Freude in bürgerlichen Kreisen erregt. Sowohl in Leipzig-Stadt als auch Leipzig-Land ist eine von niemand in solchem Maße erwartete Stimmenzunahme für die bürgerlichen Kandidaten zu verzeichnen gewesen, ein Zeichen, wie viele noch den bürgerlichen Parteien bei reger Werbearbeit gewonnen werden könnten.

Vor allem ist die nationalliberale Partei berufen, hier zu ernten. In Leipzig-Stadt ist der Stimmenzuwachs mit darauf zurückzuführen, daß man einen Mann aufstellte, der es verstand, das nationale liberale Bürgertum für sich zu gewinnen. Vor allem war es aber die nationale Wahlparole, die, gegen Ultramontanismus und Sozialdemokratie gerichtet, eine Verstärkung des Liberalismus herbeiführte.

Der Erfolg des nationalen Liberalismus wäre aber bedeutend größer gewesen, hätte er in allen Wahlkreisen eine Organisation, die ständig die Werbearbeit unter den Wählern geleitet hätte, besessen. Dies war nicht der Fall, und in den Wahlkreisen, in welchen er eine solche hatte, begann man vielfach erst nach der Reichstagsauflösung, den Wahlkampf zu organisieren, während die Gegner jederzeit am Ausbau der Organisation gearbeitet hatten.

Noch weniger als bei den Reichstagswahlen ist der Nationalliberalismus auf die Landtagswahlen vorbereitet. Auch hier in Leipzig ist noch vieles zu bessern. In den in dem Ausbreitungsgebiet des Leipziger Vereins liegenden sechs städtischen Wahlkreisen kann nur von zwei gesagt werden, daß Wahlorganisationen bestehen, in den anderen vier sind sie teils niemals vorhanden gewesen, teils längst wieder entschlafen. In den ländlichen Wahlkreisen ist nur im 23. Ausschuß gebildet worden, der aber im ganzen nur eine Sitzung erlebte.

Man begnügte sich, kurz vor der Wahl einen Wahlausschuß zu bilden und Wahlmänner zu werben. Nach der glücklich oder unglücklich ausgefallenen Wahl ließ man alles wieder ruhen.

Es soll dies kein Vorwurf gegen die leitenden Personen sein. Diesen muß zuerkannt werden, daß sie mit seltener Aufopferung für die Partei tätig sind. Der Hauptmangel liegt in der Art des satzungsgemäßen Ausbaues der Organisation (§ 6), die eine engere Fühlungnahme zwischen Vorstand und Mitgliedern verhindert. Es fehlt das Zwischenglied, das diese Verbindung herstellt, und Hauptaufgabe der nächsten Zeit ist es, dies zu schaffen.

Ein Weg hierzu liefe sich dadurch finden, daß man dem Vorstande eine größere Zahl Vertrauensmänner als Beisitzer angliederte, die aus Mitgliederkreisen gewählt sind. Bei diesen Wahlen muß auch eine gleichmäßige Verteilung der Mitgliedergruppen in den Vororten berücksichtigt werden, weshalb sich eine Einteilung nach Bezirken empfiehlt. Bei dieser Einteilung ist aber auch die Zugehörigkeit zu den Reichs- und Landtagswahlkreisen zu beachten, da gegebenenfalls diese Vertrauensmänner zu Wahlausschüssen zusammen zu treten haben. Speziell bei Landtagswahlen ist dies von Vorteil, da diese aus dem Wahlkreise gewählten Vertrauensmänner eher in der Lage sind, Wahlmänner zu gewinnen, als außerstehende.

In letzter Zeit ist in den Vororten der Wunsch laut geworden, um die Organisation anzubauen, Mitgliederzusammenkünfte abzuhalten. Da aber in den meisten Orten kein Zusammenschluß der Mitglieder unter sich besteht, hat es nicht in gewünschtem Maße durchgeführt werden können. Hier wird durch das Vertrauensmännersystem Kenderung geschaffen, was von den in den Vororten wohnenden Mitgliedern gewiß begrüßt werden würde.

Durch die größere Zahl der Beisitzer läßt es sich aber auch ermöglichen, Angehörige weiterer Berufsstände, Beamte, Gewerbetreibende, Handwerker usw. heranzuziehen, was wiederum eine größere Werbekraft der nationalliberalen Sache in diesen ihr jetzt zum Teil gleichgültig, zum Teil feindlich gegenüberstehenden Kreisen zeitigen würde.

Deutsches Reich.

Leipzig, 11. März.

* **Stengel und die neue Reichsanleihe.** Gelegentlich der Beratung des Etatsnotgesetzes erklärte der Reichsschatzsekretär im Reichstag, daß die Regierung für die Begebung der Anleihe von 200 Millionen Mark mit Rücksicht auf die ungünstige Lage des Geldmarktes freie Hand behalten müsse, wenigstens in der Wahl des Zeitpunktes, zu dem sie ihre Anleihe an den Markt bringen will, wie in der Art der Begebung. Zu diesen Ausführungen teilte Herr v. Stengel nachträglich einem Berichterstatter der „Münchener Allgemeinen Zeitung" mit, daß er absichtlich die Form des Ausdruckes, wie es geschehen sei, gewählt habe, da nähere Angaben darüber, ob eine Begebung von Schatzanweisungen oder eine reguläre Anleihe zu erwarten ist, noch nicht gemacht werden können. Zunächst müßte der Reichstag die Vorlage genehmigen, und dann sei sie vom Bundesrat zu sanktionieren. Herr v. Stengel glaubte bestimmt, daß vor Ablauf dieses Monats die Vorlage nicht zur Verabschiedung komme. Erst dann, also anfangs April, könnten wirkliche Verhandlungen beginnen, und dann würde die Frage spruchreif, ob eine Anleihe oder Anweisungen das zweckentsprechendste sei. Nicht ausgeschlossen ist, daß die Begebung sich noch weiter hinausziehen wird, wenn der Geldmarkt auch ferner eine derartige Anspannung wie jetzt bewahrt. Auf die Bemerkung des Korrespondenten, daß das bisherige Preußenkonsortium wohl als übernehmende Stelle anzusehen sei, erklärte Herr v. Stengel, daß wahrscheinlich mit diesem Verhandlungen gepflogen würden; doch seien auch hierüber noch keine Bestimmungen getroffen. Besonderer Wert ist der Antwort beizulegen, die Frhr. v. Stengel auf die Frage gab, „ob vielleicht der 4proz. Zinsfuß an die Stelle des bisherigen 3½proz. in Erwägung gezogen werde", und die dahin lautete: „Ich sage nicht nein."

* **Aus der Diplomatie.** Nach der „Nordd. Allg. Ztg." ist dem früheren Legationssekretär bei der Gesandtschaft in Guatemala von Kranse, der zuletzt einige Monate im Auswärtigen Amt beschäftigt war, der vor kurzem frei gewordene Posten des zweiten Sekretärs bei der Gesandtschaft im Haag übertragen worden. Den Posten des zweiten Sekretärs bei der Botschaft in Madrid hat der gleichfalls seit mehreren Monaten im Auswärtigen Amt tätige Legationssekretär bei der Ministerresidentur in Caracas, Freiherr von Rotenhan, erhalten, während der neuerdings zum Legationssekretär ernannte Dr. jur. Friedrich Graf von Rhena zu zeitweiliger Verwendung in die politische Abteilung des Auswärtigen Amts einberufen worden ist.

* **Deutsch-amerikanische Handelsbeziehungen.** Nach einer Reihe von Besprechungen zwischen Staatssekretär Root und dem Zensusdirektor North darf angenommen werden, daß vor Ablauf des Provisoriums auf Grund der Sektion drei des Dingleygesetzes ein neues Arrangement mit Deutschland getroffen werden kann, das bis zur Kongreßsession im Dezember v. J. in Kraft bleiben würde. Die genannte